

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Frauen kämpfen gemeinsam gegen Krieg, Krise und Patriarchat



Die Preise steigen, die Reallöhne sinken und die Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse werden schärfer. Frauen sind durch Krieg und Krise besonders betroffen. Gewalt an Frauen und patriarchale Unterdrückung nehmen zu. Es ist klar: Die Frauenbefreiung muss erkämpft werden.

Schlägt man heute die Zeitung auf, springen einem die Auswüchse des kapitalistischen Weltsystems direkt ins Auge: Krieg, Krise und Teuerungen. Überall auf der Welt sind krisenhafte Zustände, sich zuspitzende Konflikte und offen ausgetragene imperialistische Kriege zu beobachten. Umweltzerstörung, Pandemien und Naturkatastrophen sind an der Tagesordnung. In einer Zeit, in der sich die kapitalistischen Widersprüche und die daraus resultierenden Krisen deutlicher zeigen denn je, bleibt eines weiterhin ungesehen: Die besondere Betroffenheit und Ausbeutung der Frau in Zeiten von Krieg, Krise - und grundlegend durch den Kapitalismus.

Schaut man sich die Lage der Frauen auf der Welt an, kann schnell der Eindruck entstehen, zwischen den Lebensrealitäten der Frauen gäbe es

kein vereinendes Element, so unterschiedlich sind die jeweiligen Lebensbedingungen in den verschiedenen Ländern. Doch der Schein trügt. Egal ob im Iran oder der Ukraine, in der Türkei, Syrien, Kurdistan oder Deutschland: Noch immer werden Frauen der Arbeiter:innenklasse weltweit unterdrückt und ausgebeutet.

Der russische Angriffskrieg hat für eine neue Eskalationsstufe des Konfliktes in der Ukraine gesorgt. Es hat sich ein Krieg zwischen den imperialistischen Mächten Russland auf der einen und der NATO zusammen mit der Ukraine auf der anderen Seite entwickelt. Dieser Krieg ist ein Krieg, in dem die Kapitalist:innen profitieren und die Arbeiter:innen aller beteiligten Länder verlieren. Während die Rüstungskonzerne Profite ma-

chen und sich die Kapitalist:innen bereichern, zahlen die Arbeiter:innen den Blutzoll dafür. Doch das ist nicht alles.

Frauen der Arbeiter:innenklasse treffen Kriege besonders hart. So ist zum Beispiel sexualisierte Gewalt ein gängiges Mittel in Kriegsgebieten, um die „verfeindete Bevölkerung“ zu demoralisieren und zu brechen. Gleichzeitig wird Mädchen in Kriegsgebieten oft der Zugang zu Bildung verwehrt. Aufgrund dieser Zustände beschließen viele Frauen und Mädchen zu fliehen. Doch auch dabei droht ihnen Gewalt in all ihren Formen. Sowohl auf der Flucht als auch in vermeintlich sicheren Unterkünften.

Ähnlich gestaltet es sich in Gebieten, die von Naturkatastrophen betroffen sind, so wie etwa in den vom Erdbe-

ben betroffenen Gebiete in der Türkei, Kurdistan und Syrien. Das Erdbeben hat Zehntausende Menschen das Leben gekostet. Anhand dieser hohen Zahl wird deutlich, welche Ausmaße das Erdbeben angenommen hat. Ausmaße, die auf die Korruption im faschistischen türkischen Staat zurückzuführen sind. Beim Bau der fragilen Häuser wurden Profite über Menschenleben gestellt, wie so oft im Kapitalismus. Die massiven Schäden betreffen besonders Gebiete, die hauptsächlich von Kurd:innen und Alevit:innen bewohnt werden. Auch hier sind Frauen besonders betroffen. Laut Statistiken haben Frauen ein 14% höheres Risiko bei Naturkatastrophen zu sterben als Männer. Ebenfalls steigt die Zahl von sexualisierter Gewalt und Übergriffen an Frauen in Naturkatastrophengebieten massiv an.

„Wege finden, um unsere Forderungen durchzusetzen!“

Seit Ende 2022 gehen Hunderttausende Arbeiter:innen in Großbritannien auf die Straße. Mit Streiks und Demonstrationen protestieren sie gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihren Rücken und gegen die geplante Einschränkung des Streikrechts. Interview mit dem Aktivisten John > Seite 3

Wohnraum für Menschen statt Profite

Am 26. März findet jährlich der Housing Action Day statt, an dem in zahlreichen Städten Proteste gegen steigende Mieten und Verdrängung stattfinden. Als Arbeiter:innen müssen wir selbst aktiv werden, denn die Regierung unternimmt nichts dagegen. > Seite 4

Staatsdiener und Sicherheitskräfte stellen keinen Schutz für Frauen dar, sondern nutzen nicht selten die Schutzbedürftigkeit der Frauen aus.

Es gibt also deutliche Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Krisensituationen auf der ganzen Welt. Die Arbeiterinnen sind auf Grund ihres Geschlechts von den verschiedenen Kriesensituationen besonders betroffen. Die Verbindung von Kapitalismus und Patriarchat führt nicht nur zu ebendieser Situation, sondern genauso zur Verbundenheit der Arbeiterinnen weltweit.

Krisenzeiten in Deutschland – Kampf den Teuerungen heißt Kampf dem Patriarchat!

Und auch hier in Deutschland sind sich verschärfende Krisenzustände zu verzeichnen. Die Inflation ist mittlerweile auf 9 % gestiegen. Egal ob im Supermarkt, an der Tankstelle oder beim Strom – alles wird teurer. Die Löhne bleiben allerdings weiterhin gleich oder steigen viel geringer. Diese Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse führen zu noch mehr finanziellen und sozialen Ängsten. Doch auch hier können wir beobachten: Die Krise trifft uns alle, aber nicht alle gleich. Frauen sind durch die Teuerungen stärker bedroht. Denn Frauen in Deutschland erhalten immer noch weniger Lohn für dieselbe Arbeit. Gleichzeitig sind Frauen oft in den Niedriglohnssektoren beschäftigt oder in Teilzeitverhältnissen angestellt. Der Grund dafür ist, dass Frauen in den meisten Fällen noch unbezahlte Arbeit wie etwa Kindererziehung oder Pflege von Familienangehörigen verrichten. Diese Verhältnisse verschärfen sich insbesondere im Alter während der Rente. So haben Frauen 2021 im Durchschnitt 34% weniger

Rente bekommen als Männer. Diese Benachteiligung von Frauen führt nicht selten zu einer finanziellen Abhängigkeit vom Partner, welche wiederum das Beenden einer Beziehung erschwert.

Insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten ist ein Anstieg von Gewalt an Frauen zu verzeichnen, wie es z.B. in Zeiten der Covid-19 Pandemie zu beobachten war. In Deutschland versucht ein Mann alle 48 Stunden eine Frau umzubringen, alle 72 Stunden gelingt es. Im Jahr 2022 wurden 105 Femizide, also Morde an Frauen, in Deutschland begangen. Gewalt an Frauen ist kein individuelles Problem. Gewalt an Frauen hat System im Patriarchat. Sie dient dazu, Frauen klein zu halten, sie in ihre Rolle zu drängen und in das bestehende kapitalistische und patriarchale System zu pressen. Um Gewalt an Frauen zu beenden, müssen auch die Bedingungen für die Gewaltverhältnisse beendet werden. Das bedeutet, die finanzielle Abhängigkeit von Frauen zu bekämpfen und die besondere Ausbeutung der Frau aufzuheben. Kampf den Teuerungen heißt also Kampf dem Patriarchat!

Internationale Solidarität statt „feministischer Außenpolitik“!

Weltweit kann man beobachten, wie Frauen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung, in eine besondere Kraft des Widerstandes verwandeln. Im Iran zeigt sich diese Entwicklung aktuell besonders gut, wo die Menschen mit den Frauen an der Spitze gegen das repressive iranische Regime kämpfen. Und auch in Kurdistan spielen die Frauen eine besondere Rolle im Kampf für die Freiheit. Es wurden eigene Frauenstrukturen geschaffen von eigenen Frauenräten und Frauengerichten bis hin zu bewaffneten Fraueneinheiten, die die

kurdischen Gebiete und die Frauenrevolution vor Ort gegen den türkischen Staat und die Islamisten des IS verteidigen.

Diesem besonderen Potential wird versucht einen Riegel vorzuschieben, in dem es in Bahnen, die in dieses System passen, gelenkt wird. Als solch einen Versuch kann der sogenannte „Girlboss-Feminismus“ gewertet werden. Er verklärt Frauen an der Spitze eines Konzerns oder in der Politik als emanzipatorischen Akt. Die Antwort auf die Unterdrückung der Frau wird also darin gesehen, an die Spitze eines ausbeuterischen Systems zu klettern und dieselbe Position wie männliche Kapitalisten zu erreichen, ungeachtet der Tatsache, dass dadurch trotzdem weiter Arbeiter:innen, insbesondere weibliche Arbeiterinnen, ausgebeutet werden. Ein gutes Beispiel dafür ist die sogenannte „feministische Außenpolitik“ der Ampelregierung, in der Annalena Baerbock als Außenministerin gefeiert wird. Dass durch diese „feministische“ Politik allerdings Krieg und Krise hervorgerufen werden und somit ein System gestützt wird, welches Frauen ausbeutet und unterdrückt, wird vertuscht. Die Antwort auf die Frage nach der Befreiung der Frau liegt also nicht darin, an die Spitze dieses Systems zu klettern, sondern in der internationalen Frauensolidarität und der Zerschlagung von Kapitalismus und Patriarchat.

Ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau!

Blickt man nun auf die bestehende Unterdrückung, auf die Lebens- und Problemlagen der Frauen weltweit, so kann sich schnell das Gefühl der Ohnmacht einstellen. Steht doch noch so viel an, gibt es so viel zu erkämpfen, so viele Hürden zu meistern. Doch gleichzeitig gibt es auch reale Beispi-

le, auf die man blicken und an denen man sich orientieren kann. Wie etwa die streikenden Textilarbeiterinnen von 1917 im russischen Zarenreich. Die Textilarbeiterinnen waren damals in einer ähnlichen Lage wie die Arbeiter:innen heute. Es tobte der 1. Weltkrieg, die Menschen verarmten aufgrund der Inflation und es gab massive Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse. Die Textilarbeiterinnen schlossen sich den Bolschewiki an und gingen gemeinsam auf die Straße, um für Brot und Frieden zu streiken. Was daraus resultierte, ist im wahrsten Sinne des Wortes Geschichte. Es folgte zuerst eine demokratische und dann eine sozialistische Revolution, woraus der erste sozialistische Staat in der Geschichte hervorging. An dieses Beispiel erinnert noch immer der 8. März, der internationale Frauentag: Ein Tag, an dem weltweit Frauen auf die Straße gehen, sich zusammen schließen, für ihre Rechte und gegen bestehende Ausbeutung und Unterdrückung protestieren. Ein Tag, an dem sich die Frauen weltweit vor Augen halten, was möglich ist, wenn man sich organisiert und gemeinsam als Frauen kämpft.

Aber dieses Beispiel zeigt noch mehr: Es ist möglich den Kapitalismus und das Patriarchat auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Die Überwindung des Kapitalismus ist ein notwendiger Schritt auf dem Weg hin zur Befreiung der Frau. Stellen das Privateigentum und die geschlechtliche Arbeitsteilung doch die Grundpfeiler patriarchaler Ausbeutung dar. Daraus kann also nur die Notwendigkeit folgen, den Kapitalismus zu zerschlagen und ein System aufzubauen, welches frei ist von Ausbeutung und Unterdrückung. Dieses System ist der Sozialismus.

BERLIN
12:00 - ANTON-SAEFKOW-PLATZ

ESSEN
17:00 - LIMBERCKERPLATZ

FREIBURG
16:00 - PLATZ DER ALTEN SYNAGOG

KÖLN
18:00 - WIENERPLATZ

LEIPZIG
18:00 - SACHSENBRÜCKE

WUPPERTAL
17:00 - VON-DER-HEYDT-PLATZ

FRANKFURT

INFOS UNTER:
FÖDERATION-KLASSENKAMPF.ORG

FRAUEN KÄMPFEN GEMEINSAM GEGEN KRIEG, KRISE UND PATRIARCHAT!



Großbritannien:

„Wir müssen Wege finden unsere Forderungen durchzusetzen!“

Seit Ende 2022 gehen Hunderttausende Arbeiter:innen in Großbritannien immer wieder auf die Straße. Mit Streiks und Demonstrationen protestieren sie gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihren Rücken und gegen die geplante Einschränkung des Streikrechts. Allein am 1. Februar haben mehr als 500.000 Arbeiter:innen aus verschiedenen Branchen gestreikt. Einer von ihnen ist John, Aktivist der Gewerkschaft UNISON, der in London im Hochschulbereich arbeitet.

Du bist Gewerkschaftsaktivist und hast an den aktuellen Streiks teilgenommen. Wofür habt ihr gestreikt?

In meiner Branche wurden die Löhne und Gehälter in den letzten zehn Jahren um etwa ein Viertel gekürzt. Das gilt für alle Beschäftigten an den Universitäten, nicht nur für das Lehrpersonal. Außerdem sind die Finanzmittel für die Universitäten seit der Markttöffnung des Sektors im Jahr 2011 massiv zurückgegangen. Infolgedessen wurden nicht nur die Gehälter gekürzt, sondern auch die Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert. An vielen Universitäten wurden „Umstrukturierungen“ vorgenommen, um die Profite zu erhöhen. Diese Umstrukturierungen führen zu einer Verschlechterung der Situation für die Beschäftigten und die Studierenden. Der Hochschulbildung in diesem Land wurde enormer Schaden zugefügt, und ich denke, dass dies mehr Arbeiter:innen dazu veranlasst, ihren Gewerkschaften beizutreten und zu streiken, selbst wenn sie von weniger radikalen Gewerkschaften wie der Dozentengewerkschaft UCU vertreten werden.

Seit Monaten streiken die Arbeiter:innen. Warum gibt es zur Zeit eine so starke Streikbewegung?

Zusätzlich zur allgemeinen Wirtschaftskrise, an deren Entstehung und Verschärfung die Tories (Konservative Partei) einen großen Anteil haben, reagieren sie mit Angriffen auf die öffentlichen Dienste. Die Beschäftigten in diesen Bereichen haben durch mehrere Wellen von Haushaltskürzungen in Verbindung mit Sparmaßnahmen einen hohen Preis gezahlt. Die Kürzungen haben massive Auswirkungen auf die Arbeit, die wir leisten und auf die Menschen, die

wir unterstützen. Viele von uns können es einfach nicht mehr ertragen.

Verschiedene Gewerkschaften rufen im Februar und März zu mehrtägigen Streiks auf. Kannst du uns etwas dazu sagen?

Im Hochschulbereich wurde dies vor allem von der Dozenten- und Lehrer-gewerkschaft UCU angeführt, aber im gesamten öffentlichen Dienst stehen diese Streiks im Zusammenhang mit der Ablehnung von Gehaltsangeboten, die weit, weit unter der Inflationsrate liegen und auch mit den anstehenden Verhandlungen über die Gehaltsangebote für das nächste Jahr. Jetzt ist ein entscheidender Zeitpunkt für diese Verhandlungen, da die beiden wichtigsten Gewerkschaften im Hochschulbereich das letztjährige Gehaltsangebot abgelehnt haben und die Verhandlungen ins Stocken geraten sind. Die UCU wird landesweit streiken, und viele Zweigstellen der UNISON werden in dieser Zeit ebenfalls einen Arbeitskampf führen.

Welche Rolle spielen die Regierung und die Labour Partei und wie stehen sie zu den Streiks?

Die Regierung hat alles getan, um die Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu stören. Dies zeigt sich insbesondere bei den Bahnstreiks, bei denen der Verkehrsminister, der letztlich die Verantwortung dafür trägt, was bei der Bahn geschieht und was nicht, den Eisenbahnunternehmen nicht die Genehmigung gibt, eine Vereinbarung zur Beendigung dieses Streiks zu treffen.

Um die Aussicht auf weitere Streiks im öffentlichen Dienst wirklich zu beenden, müsste die Regierung ein Jahrzehnt der Sparmaßnahmen rückgängig machen und den öffentlichen Dienst in einer Weise grundlegend

umgestalten, die sie aus ideologischen Gründen zutiefst ablehnt: Z.B. indem sie die Rolle der Privatwirtschaft in weiten Teilen des Bereichs einschränkt und ihn angemessen durch Steuern finanziert.

Die Labour Partei ist in dieser Hinsicht kein Freund der Gewerkschaften gewesen. Zu oft bleibt sie untätig, wenn wir in unseren Auseinandersetzungen politische Unterstützung brauchen. Ein paar linke Abgeordnete zeigen sich solidarisch und das ist auch gut so, aber unsere Bewegung braucht eine viel, viel bessere politische Vertretung.

Was hat es mit dem neu angekündigten Streikgesetz auf sich?

Seit den Tagen von Margaret Thatcher hat die Tory Partei auf eine Zunahme der gewerkschaftlichen Militanz mit autoritären Mitteln reagiert. Wir haben das bei der brutalen Niederschlagung der Streiks der Minenarbeiter in den 1980er Jahren gesehen. Dies ermöglichte ihnen auch die Umstrukturierung der Wirtschaft von ihrer ursprünglichen, im Sterben liegenden Herstellungsbasis hin zu einer neuen, schlecht bezahlten Dienstleistungswirtschaft, verbunden mit Finanzdienstleistungen. Es überrascht nicht, dass die Umsetzung der Austeritätspolitik seit 2010 auch mit neuen, repressiven Gewerkschaftsgesetzen verbunden war, die Streiks erschwert haben. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass die Regierung versucht, den Einfluss der Organisationen zu begrenzen, welche die Arbeiter:innen am Arbeitsplatz vertreten - nämlich als Reaktion auf die Arbeiter:innen, die in der aktuellen Krise verzweifelt darum kämpfen, über die Runden zu kommen. Die Regierung will die Entlassung von Arbeiter:innen, die von ihrem gesetzlichen Streikrecht Gebrauch machen, legalisieren und

in einer Reihe von Branchen „Mindestleistungsstandards“ durchsetzen. Dies würde die Möglichkeiten der Arbeiter:innen, effektiv zu streiken, erheblich einschränken und es der Regierung letztendlich ermöglichen, noch schädlichere und repressivere Maßnahmen durchzusetzen, die die Arbeiter:innenklasse angreifen.

Hier sind die Gewerkschaften nicht so militant wie bei euch, sie schließen mit den Chefs Verträge ohne über einen Inflationsausgleich für die Arbeiter:innen zu diskutieren. Was denkst du darüber?

Meiner Meinung nach sind wir in vielen Bereichen nur deshalb in der Lage, in der wir uns jetzt befinden, weil unsere Gewerkschaftsbewegung zehn Jahre lang nicht kämpferisch genug gegen die Austeritätspolitik der Tories gekämpft hat. Ich bin froh, dass sich die Dinge ändern, aber wir brauchen auch eine starke politische Vertretung, die weit über das hinausgeht, was die Labour Party bereit und in der Lage ist, zu leisten.

Eine Sache, die ich für unerlässlich halte, ist eine bessere Koordination zwischen den Gewerkschaften sowohl innerhalb einer Branche als auch branchenübergreifend. Der 1. Februar war ein guter Anfang dafür, da viele Gewerkschaften gleichzeitig gestreikt haben. Leider ist der Aufruf zu Solidaritätsstreiks in Großbritannien illegal. Ein entscheidendes Ziel für unsere Bewegung muss es sein, die gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung, die unsere Bewegung jahrzehntelang behindert hat, vollständig rückgängig zu machen. Gleichzeitig müssen wir neue, erfolgreichere Organisationsmethoden erproben sowie die Unternehmen mit neuen Methoden unter Druck setzen, um unsere Forderungen durchzusetzen.

Wohnraum für Menschen statt Profite

Am 26. März findet jährlich der Housing Action Day statt, an dem in zahlreichen Städten Proteste gegen steigende Mieten und Verdrängung stattfinden. Als Arbeiter:innen müssen wir selbst aktiv werden, denn die Regierung unternimmt nichts dagegen – ganz im Interesse derjenigen, auf deren Grund und Boden unsere Wohnungen gebaut werden.

Die Preissteigerungen des letzten Jahres haben uns als Arbeiter:innen immer mehr Geld aus der Tasche gezogen und ein Ende ist bisher nicht in Sicht. Deutlich zeigt sich dies auch im Bereich Wohnen, wo neben allgemein steigenden Mieten vor allem teure Energie aktuell vielen Mieter:innen zum Verhängnis wird.

Besonders hart trifft die Preisentwicklung alle, die sowieso schon wenig Einkommen zum Leben haben: Haushalte von Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende oder Rentner:innen. Wer einen sogenannten Indexmietvertrag abgeschlossen hat, muss mit starken Mieterhöhungen rechnen, denn hier kann die Teuerungsrate weitergegeben werden. Bei einer offiziellen Inflation von 7,9 Prozent im Jahr 2022 kann das zu einer massiven monatlichen Mehrbelastung werden.

Die Bundesregierung zeigt sich schon seit Jahren unwillig und unfähig, steigenden Preisen auf dem Wohnungsmarkt entgegenzuwirken. Zwar gibt es zum Beispiel seit 2015 die sogenannte Mietpreisbremse, welche für bestimmte Gebiete eine jährlich steigende Obergrenze für die Höhe der Miete festlegt. Zu der Bremse gehören aber mehrere Ausnahmen, die sie

wirkungslos machen. Wird ein Haus oder eine Wohnung durch Vermieter:innen „modernisiert“, dürfen die Kosten auf Mieter:innen umgelegt werden. Einmal teurer neuvermietet, bleiben sie unbezahlbar.

Um das Problem tatsächlich bei der Wurzel packen zu können, reicht es jedoch nicht, sich nur auf den Handel mit Wohnungen zu konzentrieren – egal ob er von Großkonzernen oder Kleinbesitzer:innen betrieben wird. Eine grundlegendere Rolle spielt der Privatbesitz an Grund und Boden. Dieser ist von Natur aus eine begrenzte Ressource, die aber für alle Bereiche der Gesellschaft unverzichtbar ist – ob für Wohnhäuser, Fabriken oder als Ackerland. Wer ein Stück besitzt, kassiert bei allen Profiten mit, die darauf produziert werden.

Deswegen muss auch ein anderer Hebel der bürgerlichen Politik, der Neubau, als oftmals angebotene „einfache Lösung“ für die Mietpreisexplosion im Kapitalismus scheitern. Es liegt im Interesse der Grundbesitzer:innen, den Bodenpreis immer weiter in die Höhe zu treiben. Anbieter:innen von Wohnungen geben diese Preise dann an die Mieter:innen weiter. Entweder wird also wegen zu hoher Kosten nicht neugebaut, oder wir als Arbeiter:innen können uns die gebauten Wohnungen nicht mehr leisten.



ter:innen können uns die gebauten Wohnungen nicht mehr leisten.

Solange die politische Macht in den Händen genau derjenigen liegt, die durch dieses Geschäft mit Häusern und Boden Milliarden verdienen, wird die für sie arbeitende Regierung nichts dagegen unternehmen. Stattdessen müssen wir als Arbeiter:innen für unsere Forderung nach der Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens und der Enteignung der großen Wohnungskonzerne kämpfen – nicht durch den heutigen Staat der Kapitalist:innen, sondern durch unseren Staat der Arbeiter:innen im Sozialismus. Nur mit einer geplanten Wirtschaft wird es möglich sein, die Produktion und die Verteilung des Wohnraums nicht nach Profit, son-

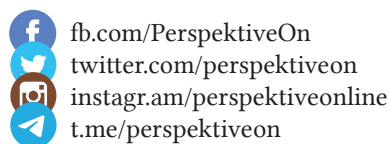
dern nach unseren Bedürfnissen zu organisieren.

Auf dem Weg dorthin ist es unsere Aufgabe, uns gemeinsam gegen die verschiedenen Abzockmethoden von Vermieter:innen, Zwangsräumungen und Leerstand zur Wehr zu setzen. Steigen die Mieten immer weiter, ist auch der Kampf um höhere Löhne eine Gegenmaßnahme, die wir ergreifen müssen. Betriebliche und Mieter:innenkämpfe müssen Hand in Hand gehen, um unserer Verarmung als Arbeiter:innen konkret etwas entgegenzusetzen. Der Housing Action Day am 26. März als Aktionstag gegen steigende Mietpreise ist eine Gelegenheit, unsere Perspektive und Forderungen auf die Straße zu tragen.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten:
Mehrfach täglich objektive Nachrichten
und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>



V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und
unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf
das Handy:

1. Für die Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE» APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem
Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den
Playstore downloaden oder die APK direkt
von unserer Homepage herunterladen und
installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu
können, sind wir auf die Unterstützung
Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende
<https://perspektive-online.net/spenden>